

39-Jähriger fordert 75 000 Euro Schmerzensgeld von der Stadt

Die Feuerwehr habe zu spät auf seinen Notruf reagiert, meint der Herner

Von Martin Tochtrop

75 000 Euro Schmerzensgeld soll die Stadt einem 39-jährigen Herner bezahlen, weil die Feuerwehr seiner Meinung nach zu spät auf seinen Notruf reagiert habe. „Wenn die Stadt nicht entsprechend reagiert, wird die Angelegenheit vor Gericht landen“, erklärt Lisa Kirschner von der Anwaltskanzlei Sabrina Diehl aus Marl im Gespräch mit der WAZ.

Mann hatte Schlaganfall

Nach Auffassung des Hilfesuchenden habe die Feuerwehr-Leitstelle falsch reagiert, indem sie zunächst versuchte, den Anrufer zu beruhigen. Die Anwältin des Klägers ist der Meinung, dass der Schlaganfall des Mannes hätte glimpflicher ausgehen können, wenn sofort der Notarzt alarmiert worden wäre.

Der 39-Jährige wirft dem Notruf-Dienst der Feuerwehrzentrale vor, die eindeutigen Symptome seines Schlaganfalles am Telefon herunter-



Zu spät reagiert haben soll die Notrufzentrale der Feuerwehr. FOTO: THEO

gespielt zu haben. Man habe ihm keinen Notarzt schicken wollen, obwohl die Symptome eindeutig für einen Schlaganfall gewesen seien. Der 39-jährige hatte selbst im Sommer 2016 bei der Feuerwehr angerufen, da er alleine wohnte. Er schilderte dem Mann der Feuerwehr am Telefon, dass er unter Schweißausbrüchen und Kreislaufproblemen leide. Zudem beschrieb er eine Körperhälfte als komplett taub und tot. „Er wies eindringlich darauf hin, dass er gar nicht laufen könne und sein linker Arm kribble. Mehrmals

sagte er, dass er panische Angst habe und wies den Mann am Telefon auch darauf hin, dass er einen Schlaganfall bei sich vermutete“, heißt es in einem Schreiben der Rechtsanwältin.

Mit Notarzt zum Krankenhaus

„Zum Glück rief später seine Schwester noch einmal die 112 an und schaffte es durch ihre Beharrlichkeit zu erwirken, dass doch ein Notarzt geschickt wurde. Der 39-Jährige wurde ins Krankenhaus gefahren, und dort stellte man in der Tat einen Schlaganfall fest“, erklärt Sabrina Diehl weiter.

Durch die Verzögerung der Behandlung habe ihr Mandant nicht nur panische Stunden in Ungewissheit und mit furchtbaren Symptomen verbringen müssen, sondern müsse auch unter Folgeschäden leiden. Die Stadt Herne will sich „wegen des laufenden Verfahrens“ nicht zu den Vorwürfen äußern, so Sprecher Christoph Hüsken.